

Ein Plus für Bildung



Als weiteren Baustein einer besseren Bildungsfinanzierung hat der Bundestag die Neuregelung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes, kurz Meister-BAföG, beschlossen. Der Haushaltsausschuss hat dafür den von der Bundesbildungsministerin im ursprünglichen Gesetzesentwurf vorgesehenen, zusätzlichen Betrag noch einmal kräftig aufgestockt. 70 Millionen Euro stehen jetzt jährlich an verbesserter Förderung des Bundes dafür zur Verfügung. Mehr Unterhalt für Fachkräfte aller Berufe und Branchen, ein höherer Maßnahmezuschuss für die Weiterbildung und ein besserer Belohnungserlass bei guten Leistungen sind dabei die Eckpfeiler der nun vorgesehenen Reform.

Damit steigen im Sommer/Herbst 2016 die Fördersätze und die Leistungen im Bildungsbereich durch die Bank weg kräftig an: Schüler-BAföG, Studierenden-BAföG, Meister-BAföG, Begabtenförderung berufliche Bildung und akademische Förderung – Wir machen die Bildungsfinanzierung in Deutschland leistungsstärker, besser und gerechter.

Die Bildungsförderung liegt gerade uns Sozialdemokraten am Herzen. Wir wollen soziale Hürden abräumen. Bildung darf nicht am leeren Geldbeutel scheitern. Darum war es uns so wichtig, das BAföG zu verbessern, und darum verbessern wir zeitgleich jetzt auch das Meister-BAföG.

In diesem Jahr haben wir darüber hinaus bereits die Mittel für die Promotionsförderung erhöht. Und wir starten im kommenden Jahr eine Initiative für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Umfang von 100 Millionen Euro jährlich. Wir gehen damit weit über die Koalitionsvereinbarung mit CDU/CSU hinaus.

Aber: Wir haben uns noch mehr vorgenommen. Wir werden uns jetzt noch genauer anschauen, wie es mit der Förderung von Migrantinnen und Migranten weitergeht. Das Thema haben wir mit Blick auf das Anerkennungsgesetz und auf nötige Qualifizierungsmaßnahmen in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Angesichts der vielen Geflüchteten erhält es noch einmal eine ganz besondere, eine stärkere Bedeutung.

Wir sind aber weit davon entfernt, auch wenn es in der öffentlichen Diskussion so wirkt, uns ausschließlich um Flüchtlinge zu kümmern. Die Bildungsförderung ist ein positives Beispiel, wie Politik in diesen Zeiten handeln muss: Verbesserungen für alle, und dabei auch die besonderen Herausforderungen für die Integration von Zugewanderten im Blick behalten.



Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist schwer, nicht über das Thema Flüchtlinge und alles was damit zusammenhängt zu schreiben. Aber es gibt sie, die anderen Themen. Einige davon werden in diesem aktuellen Report behandelt. Erwähnen will ich hier noch die laufende Debatte über den Länderfinanzausgleich und die Bundes-Länder-Finanzbeziehungen. Ich weiß, es klingt jetzt nicht so „sexy“, ist aber wichtig, weil hier die Grundlagen für die Finanzen und damit die Möglichkeiten für Maßnahmen etwa für sozialen Wohnungsbau, Kulturförderung, Bildungspolitik oder Wirtschaftspolitik gelegt werden. Ein etwas wenig beachteter Punkt: Die Bundesländer haben vereinbart, dass regional unterschiedliche Sozialleistungen jedenfalls geprüft werden sollen. Das geht meiner Meinung nach überhaupt gar nicht! Denn was könnte das heißen? Dass Bundesländer aus finanziellen Gründen Sozialleistungen kappen. Nein, das sollte schon bundeseinheitlich geregelt sein, genauso wie etwa die Einkommenssteuern. Aber ohne das Thema Flüchtlinge geht es in diesen Tagen natürlich auch nicht. Ich habe dem Asylpaket 2 nicht zugestimmt. Ohne jetzt auf die Details einzugehen: Ich denke, dass wir unter dem öffentlich von einigen geschürten Druck zu viel oder das Falsche tun. Ja, es gibt Probleme, ja es muss gehandelt werden. So finde ich nach der Silvesternacht von Köln auch, dass es klare rechtsstaatliche Antworten geben muss. Aber warum machen wir eine Gesetzesverschärfung für alle in Deutschland lebenden Ausländer, auch wenn sie seit Jahrzehnten hier ihren Lebensmittelpunkt haben? Gemeint waren doch eigentlich die neu Zugewanderten, die sagen sie suchen Schutz, hier dann aber kriminell werden. Und warum schränken wir den Familiennachzug ein? Wem soll das helfen? Der Integration sicher nicht!
Für Fragen und Gespräche stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit den besten Grüßen

Swen Schulz, MdB

Städtebaulicher Denkmalschutz in Spandau

Kürzlich traf ich mich mit dem Spandauer Altstadtmanagement. Das ist schon sehr interessant und wichtig, was die machen – und alle Bürger können teilhaben!

Die Spandauer Altstadt wurde 2015 in das Bundes-Länder-Förderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ aufgenommen. Auf längere Sicht werden nun rund drei Millionen Euro jährlich zur Sicherung, Instandsetzung und Modernisierung erhaltenswerter und historischer Gebäude der Altstadt aufgewendet. Die Förderung bietet die Möglichkeit, die Fußgängerzone und viele öffentliche Gebäude in der Altstadt attraktiver zu gestalten. Der Städtebauliche Denkmalschutz ist übrigens Teil der vom Bund geförderten Städtebauförderung. Nachdem diese viele Jahre zurückgefahren wurde, habe ich im Bundestag dazu beigetragen, dass sie seit 2014 wieder deutlich aufgestockt wird.



Bei meinem Besuch wurde mir das sogenannte „Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept“ (ISEK) vorgestellt, das übrigens von allen Interessierten jederzeit auf der Internetseite eingesehen werden kann. Vorrangiges Ziel ist, das Gebiet behutsam und bestandserhaltend als attraktiven Wohn- und Lebensort auszubauen und das Hauptzentrum Spandaus zukunfts- und bedarfsgerecht mit einem hohen Identifikationswert zu entwickeln und dabei auch die Bevölkerung mit einzubeziehen. Ich konnte mich davon überzeugen, dass die Akteure auf dem richtigen Weg sind. Meine Unterstützung haben sie auf jeden Fall weiterhin.

www.zukunft-altstadt-spandau.de
www.buergerbeteiligung.de/berlin/ideen



Ausgezeichnete Medienerziehung

Medienerziehung ist heute ein wichtiger Bestandteil in der Bildung. Und so freue ich mich, dass wir auch solche „kleinen“ Projekte mit großer Wirkung unterstützen. Ich denke hier an den Medienratgeber für Familien „Schau hin“ und die Kindersuchmaschine „Frag Finn“. Beide Projekte wurden mit dem Gütesiegel „Land der Ideen“ ausgezeichnet. In den letzten Wochen habe ich ihnen gemeinsam mit meiner Bundestagskollegin Eva Högl einen Besuch abgestattet.

„Schau hin“ bietet Eltern wie Kindern alltags-taugliche und altersgerechte Empfehlungen und Informationen rund ums Fernsehen und das Internet. Neben Prominenten wie Jörg Pilawa und Tim Mälzer unterstützen Experten aus Wissenschaft und Praxis mit ihrem Wissen und Erfahrungen das Projekt.

„Frag Finn“ bietet Kindern einen geschützten Raum, in dem sie unbedenklich surfen und dabei mal eben auch die Fertigkeit des strukturierten Suchens erlernen können.

www.fragfinn.de/kinderliste/eltern/nutzung.html
www.schau-hin.info/



Zukunftsstadt 2030 auf der Mierendorff-Insel

Die Mierendorff-Insel will Deutschlands Modell für Nachhaltigkeit werden. Im Sommer 2015 habe ich mich zum ersten Mal mit Aktiven getroffen. Im Dezember war ich mit meiner Diskussionsveranstaltung zum Thema „Mobilität der Zukunft“ zu Gast und jetzt im Januar gab es auf meine Einladung hin eine Gesprächsrunde mit dem zuständigen Ansprechpartner im Bundesministerium für Bildung und Forschung und den Akteuren vor Ort. Aber der Reihe nach. 2015 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung den Wettbewerb Zukunftsstadt 2030 ausgerufen. Die Mierendorff-Insel hat sich mit dem ehrgeizigen Ziel, Modellgebiet für Nachhaltigkeit in Deutschland zu werden, als Berliner Bewerber für die erste Förderstufe durchgesetzt. Bei dem Gespräch Anfang Januar konnte umfassend die Projektentwicklung dargestellt werden. Natürlich ging es bei dem Treffen auch um das Kennenlernen, die persönlichen Eindrücke. Fest steht: Meine Unterstützung hat das Projekt weiterhin und ich drücke ganz fest die Daumen für die nächste Förderetappe.

Bund macht sich stark für Spandaus Wirtschaft

„Was macht Ihr im Bundestag eigentlich für uns hier vor Ort?“ Diese Frage höre ich immer wieder. Und darauf gibt es natürlich viele verschiedene Antworten. Eine ist die Wirtschaftsförderung des Bundes, die direkt hier ankommt, Arbeitsplätze sichert und schafft.

Im letzten Jahr hat der Bund im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gemeinsam mit dem Land Berlin rund acht Millionen Euro zur Förderung der Spandauer Wirtschaft und Infrastruktur aufgebracht.

Die GRW-Mittel sind eine wichtige Unterstützung. Im letzten Jahr konnten zehn Spandauer Unternehmen mit einer Fördersumme von insgesamt fast acht Millionen Euro direkt von dieser Fördermaßnahme profitieren. Darüber hinaus erhielt auch das Bezirksamt Spandau aus diesem Topf rund 300.000 Euro für die touristische Erschließung des Landhausgartens Fränkel in Kladow sowie gut 90.000 Euro für den Ausbau des Rohrdamms.





Religion und Gesellschaft

Zur Diskussion über „religiöse Vielfalt in einer offenen Gesellschaft“ lud ich in die Spandauer Petrus Kirche Mitte Februar ein. Schon in „normalen Zeiten“ ist das Verhältnis von Religion zu Gesellschaft und zu Politik ein intensiv debattiertes Thema. Gerade innerhalb der SPD - denn traditionell, so sagt man, gibt es zwei Wege in die SPD: den über das Kommunistische Manifest oder den über die Bergpredigt. Das macht schon ein gewisses Spannungsverhältnis deutlich, dass sich etwa in der Debatte über Religionsunterricht oder Kopftücher zeigt.

Doch die Zeiten sind nicht „normal“: Deutschland erlebt eine enorme Zuwanderung, auch und gerade von Christen ungewohnter Prägung und eben von Muslimen. Da entstehen auch Sorgen und Ängste.

Kerstin Griese, Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, eröffnete ihren Beitrag mit einem großen Dank gerade an die Kirchengemeinden: Der große ehrenamtliche Einsatz gerade aus den Kirchen heraus sei unverzichtbar für Empfang, Betreuung und Integration der vielen Geflüchteten. Vieles, was der Staat nicht gut gemacht habe, hätten gerade auch die Kirchen aufgefangen.

Von zentraler Bedeutung sei, dass alle ihre Religiosität offen und angstfrei leben können. So müsse man sehen, dass viele, die zu uns kommen, von klein auf antisemitisch geprägt worden sind. Genauso wie klar sein müsse, dass Pegida eben nicht die christliche Kultur vertritt, wenn sie Angst und Hass gegen Ausländer und Muslime schüren.

Pfarrerin Dr. Christine Schlund knüpfte daran an: Wer Schutz für seine Religion suche, müsse auch den Schutz aller Religionen akzeptieren und unterstützen. Wichtig ist ihr die Kooperation der Religionen, der auch den Rahmen für die religiöse Vielfalt darstellt. Rainer-Michael Lehmann machte für die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus deutlich, wie wichtig es sei, Muslimen die gleichberechtigte Religionsausübung zu ermöglichen, etwa durch die Erweiterung des islamischen Friedhofes in Gatow und durch einen Staatsvertrag mit den muslimischen Verbänden.

Die Diskussion mit dem Publikum war durchaus kontrovers, wenn auch unter dem Strich gewissermaßen „religionsfreundlich“.

Diese Veranstaltung war nur ein Element. Ich werde die Diskussion gerade auch mit Muslimen und mit Religionskritikern weiterführen.

Termine



Dienstag, den 26.04.2016, 19.30 Uhr,

„Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft“, Fraktion vor Ort mit Swen Schulz, Raed Saleh, Dr. Marschke, GIZ e.V. und Staatsministerin Aydan Özoguz, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Bertolt-Brecht-Oberschule, Wilhelmstr. 10, 13595 Berlin. Infos und Anmeldung unter Tel.: 227 70 187.

Weitere Termine u. a. für Bürgersprechstunden und Kümmertouren können Sie erfragen unter Tel.: 36 75 70 90.